

Meinhard Johannides – Vorsitzender der Fraktion DAK MG

„Zur Ausrichtung und zu Inhalten der künftigen Gesundheitspolitik durch die neue Bundesregierung und die neue Bundesgesundheitsministerin, Nina Warken, die heute seit 42 Tagen im Amt ist, lässt sich noch wenig Konkretes sagen. Klar ist jedoch: Eine Vielzahl drängender Aufgaben, die keinen weiteren Aufschub dulden und zügig in den Gesetzgebungsprozess eingebracht werden müssen, warten auf die Ministerin.

In einer ihrer ersten Stellungnahmen hat Ministerin Warken signalisiert, zentrale Herausforderungen, wie z. B. die Steuerfinanzierung des Transformationsfonds, die kostendeckende Finanzierung der medizinischen Versorgung der Bürgergeldempfänger/innen und die Rückzahlung der Coronahilfen anpacken zu wollen.

Den Ankündigungen müssen nun aus Sicht der DAK Mitgliedergemeinschaft entsprechende Taten folgen und der Bundesfinanzminister muss - über sein verbal geäußertes Verständnis hinaus - nun die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Die Informationen, die wir gerade von unserem Vorstandsvorsitzenden hierzu gehört haben, sind allerdings sehr ernüchternd gewesen, dennoch bleiben wir bei unseren Forderungen.

Wie unser Vorstandsvorsitzender dargestellt hat, findet am 24. Juni die entscheidende Kabinettsitzung statt, in der es um die künftige Finanzplanung – auch der sozialen Sicherungssysteme - geht.

Die gesetzliche Krankenversicherung braucht eine tiefgreifende Struktur- und Finanzreform. Der gesamte Einnahmen- und Ausgabenbereich, inkl. des Morbi-RSA muss überprüft werden. Eine bessere Steuerung der medizinischen Versorgung – mit positiven Auswirkungen auf Terminvergabe und Wartezeiten für medizinisch notwendige Behandlungen muss eingeführt werden. Reformvorschläge, z. B. der Ersatzkassen und des vdek, liegen seit Wochen auf dem Tisch. Jetzt ist die Bundesgesundheitsministerin gefordert, diese Impulse aufzugreifen und zügig gesetzgeberisch umzusetzen.

Damit komme ich zu unserer DAK-Gesundheit:

Die aktuellen Versichertenzahlen der ersten fünf Monate des Jahres zeigen, dass die im Vorfeld der historischen Beitragserhöhung eingeleiteten Maßnahmen Wirkung zeigen. Kündigungen waren vor diesem Hintergrund leider zu erwarten. Unsere DAK-G konnte mit Stand 01. Juni eine schwarze „Null“ bei den Versichertenzahlen erreichen. Diese ist angesichts der massiven Werbekampagnen unserer Mitbewerber und der aggressiven Vermarktung günstiger Kassen über Vergleichsportale nicht selbstverständlich gewesen,

zumal wir aufgrund unserer Versichertenstruktur weiterhin mit einer deutlich höheren Zahl an Sterbefällen im Vergleich zu hinzukommenden Geburten konfrontiert sind.

Im Bereich der Ausgabensteuerung werden Erfolge erzielt, allerdings werden diese zunehmend schwieriger, nicht zuletzt durch gesetzgeberische Maßnahmen, die darauf abzielen, Vieles zu vereinheitlichen und kassenindividuelle Steuerungsmöglichkeiten einzuschränken bzw. zu untersagen.

Das zu beachtende Wirtschaftlichkeitsgebot muss aus unserer Sicht auch mit entsprechenden Handlungskompetenzen einhergehen!

Fazit:

Bleiben jetzt strukturelle und finanzielle Maßnahmen aus, stehen wir spätestens Ende 2025 erneut vor deutlichen Beitragserhöhungen in der GKV und SPV. Weitere Beitragserhöhungen würden nicht nur die Versicherten, sondern auch die Wirtschaft stark belasten und wären ein Rückschlag für den angestrebten, dringend notwendigen Aufschwung.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich unserem Vorstand für die klaren und umsichtigen Statements, die sie zu den Problemen und deren Ursachen in der GKV und SPV seit geraumer Zeit in der Öffentlichkeit abgegeben haben, danken.“